

Die Kürzung der Ruhegehalter

Zur Haushaltsgutschrift des Reichstages wurde der Gesetzentwurf betreffend Kürzung der Ruhegehalter und Beamten sowie der Rechtsgrundlage der Verfolgungsberechtigten, die ein Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung außerhalb des Reichs oder Staates erzielten, behandelt. Genosse Höhn wies als Verdienerin darauf hin, daß die Vorschriften dieses Gesetzentwurfs dazu angeleitet sind, in wohlverdiente Rente eingesetzte, doch aber andererseits bei der angeborenen Notlage der Finanzen es nicht zu verleidigen sei, daß pensionierte Beamte außer ihrer Pension oder ihrem Rentengeld manchmal noch ein reiches Privatvermögen besitzen. Auch die Abg. Brüningshaus (D. Wp.) und Dollfuß (Öst. Wp.) machten in dieser Richtung ihre Bedenken geltend. Brüningshaus lobt eine Ungerechtigkeit darin, daß nach dem Wortlaut des Gesetzentwurfs nur dem die Pension entzogen werden, die durch seine Arbeit verdient, während ein anderer die Einkünfte aus einem großen Privatvermögen neben der vollen Pension beziehen sollte. Staatssekretär Schröder fügte aus, daß Ruhegehalt solle die Verpflichtung der Beamten sicherstellen, die nicht arbeiten können. Wenn der Beamte noch dienstfähig sei, dann habe er jüngst seinen Anspruch auf volle Pension. Mit dem Privatvermögen eines Beamten habe weder sein Gehalt noch seine Pension etwas zu tun. — Abg. Pöhl erklärte sich mit dem Gesetzentwurf einverstanden, wünschte aber, daß er in wohlwollendem Sinne gehandhabt werde.

Staatssekretär Schröder betonte nochmals, daß durch das Gesetz die Pensionen nicht dauernd in Frage ständen, sondern dann wieder auslochen sollen, wenn die höheren Preise verschwinden. Die Demokratische Partei ließ erklären, daß sie sich noch nicht endgültig entschieden habe. Genosse Höhn betonte, daß eine littische Entlastung über den Gesetzentwurf gar nicht am Platze wäre. Bei den Friedeabschließenden, die dem Kaiserlande ihre Gesundheit geopfert haben, sei eine Entlastung vorhanden, wonach die Rente gefestigt wird, wenn ein Lebensverdienst von 5000 bis 8000 M. vorhanden ist. Aber Leute, die neben einem viel höheren Privatvermögen ihre Pensionssbezüge weiter fortführen, mögen man nicht zu nahe treten, obwohl sie gegenüber den Kriegsinvaliden keine Hochachtung verdienen würden. Abg. Höffe vom Zentrum bestätigte, daß in Beamtenkreisen über diesen Gesetzentwurf eine Erregung entstanden sei. Die Beamten halten vielmehr den Grundgedanken dieses Gesetzes für berechtigt. Auch die Abg. Breunig (D. Soz.) und Eising (Zentr.) verteidigten den Gesetzentwurf, dessen Durchführung aus, wie Ministerialdirektor Sachs ausführte, im Reichstag als Übereinstimmung mit dem Gesetz geäußert hatte, wurde beschlossen, einen Untersuchungsantrag mit der Prüfung dieser Frage zu betreiben.

Sichert die Ernährung!

Sozialdemokratische Anträge

Berlin, 18. Mai. Ein dem Reichstage zugegangener Antrag Müller, Franken (Soz.), erachtet die Reichsregierung, dem Reichstage mit unrichtiger Bescheinigung Gesetzentwürfe zu unterbreiten, nach denen für das Wirtschaftsjahr 1922/23 das Umlageverfahren für die Erfassung des Bruttogetreides beibehalten wird, wobei der Gesamtbetrag an Bruttogetreide für die Ernährung der verfolgungsberechtigten Bevölkerung aus der inländischen Ernte in Höhe von 4½ Millionen Tonnen sicherzustellen ist. Der Kassenfonds bedarf der verfolgungsberechtigten Bevölkerung soll auf dem Wege privatrechtlicher Lieferungsverträge sichergestellt werden. Damit diese Lieferungsverträge auch tatsächlich eingehalten werden, ist der Erfüllungskampf geistlich festzulegen. Dem schrankenlosen Ausbau der Kartellreihe ist durch geeignete Maßnahmen, wie Kommissionierung des Handels und starke Kontrolle entgegenzuwirken. Im Interesse der Ernährung ist die Bewirtschaftung des Kastens durch das Reich wieder einzuführen. Der Bevölkerung ist je Kasten und Woche 1 Pfund Brot und 2 Pfund Butter zur Verfügung zu stellen, außerdem für Säuglinge je Kasten und Woche 1 Pfund extra.

Schöne Worte und nichts mehr!

Zur Zeit werden in der A. D. d. durchdringende Resolutionen fabriziert, die „im Namen vieler Tausende“ und „sturmisch“ die radikalste Einberufung des Einheitskongresses der drei Internationalen fordern. Die Zweite Internationale aber geht nicht auf den Punkt, ebensoviel wie die Internationale 2. — Das beweist mit eindrücklicher Deutlichkeit ein in der Freiheit veröffentlichter Brief, den Friedrich Adler an Clara Zetkin als der Delegationsvertreterin des neuorganisierten Komitees der kommunistischen Internationale gerichtet hat.

In ihm wird zuerst betont, daß bei der Berliner Konferenz ein Autogramm, der es zur Pflicht aller proletarischen Parteien machen sollte, sich in ihrem Lande für die sofortige Befreiung aller politischen Gefangenen einzusehen, von den

Leben • Wissen • Kunst

Schick ein Kriegsschiff nach Bayern!

Von Käte Kott

Zur Zeit, da wir noch die patriotischen Jugendschmäler des Flottenvereins lasen, ist mir eine Erzählung unvergänglich im Gedächtnis geblieben, weil sie sich mit kleinen Veränderungen wiederholte.

Regendom im finsternsten Afrika steht an einem Stoffbaum die schwärzeste Blöße. Regendom unbehobelter Reiterstamm reicht sie herunter und zerstört sie. (Wortum, wurde nicht gesagt, reicht mir an, die Schwarzen wollten sich Wadephofen daraus machen, um ihre von den Missionären heftig geforderte Blöße zu reden.) Um diesen Zweck zu richten, dampft der mächtige Auslandstreuer an die bereitstehende Kutsche, setzt ein Bandungskönigendom, der Röthrich an die Christen d. Fürstesjarnist hörte an der Seite seiner schwärzesten Kaisers einen Pfefferstraat, legt die Edel-Blöße in Brand, nimmt Frauen und Kinder als Geiseln mit (die Männer sind längst in das Innere des schwarzen Erdbeutes verdrängt und fehrt zu dem gefürchteten Wadbaum zurück). Dort hat die Belagerung Aufstellung genommen, eine neue, frischgewachsene Blöße wird aufgeschlagen, die Schwärzigen werden präsentiert, die Blöße spielt den Siegerpart, und die Schwarzen verpuffen die Gelder deutscher Sicherzeichen in die Luft.

Da nun einmal die stark reduzierte Deutsche Kriegsmarine die Tradition der alten Flotte in einer dünnen Rüstung hielten soll, könnte sie da nicht anlässlich des Geburtstags in München ein Landungsboot in den schwarzen Grottel-Bayern senden, um dort das Hoffestzeichen der deutschen Republik wieder zu Ehren zu bringen? Könnte nicht ein Streuer oder wenigstens ein Kaiserkandidat nach der Blöße dampfen, unterhalb des Maximilianscaus anlegen, zehn Matrosen und einen Leutnant landen, die zum Bahnhof marschierten, dort eine neue Schwarzen-goldene aufzuziehen und vor ihr präsentierten? Und könnte nicht dann nach einem Muster, in den deutschen Zeitungen schreien:

„Der Achsenfreies im schwarzen Gebiet hat jetzt seine harte, aber gerechte Blöße gefunden. Die Marineverwaltung hatte das Kanonenboot Revoluti dorthin entführt, das bei dem Kaiserkandidaten ein Kommando an Land setzte. Dieses eroberte im Sturm den stark besetzten Staat, zog die den aufstößigen Stamm und hielt unter militärischen Ehren die neue Blöße, ein Alt, dem sämige Rößchenköpfe mit ihren Weiblingsfrauen entblößten, dem

Berichterstatter der Kommunistischen Internationale abgelehnt worden sei.“

Dann fährt der Brief fort:

Wir haben diese triste bedauerliche Haltung in einer Erörterung an die Berliner Konferenz festgestellt. Aber wir haben nicht erwartet, daß einer derartige Art einer Verfolgung einsetzt, die sich auf eine frühere Periode der politischen Kampfe im Russland beziehen, nun, nach der Berliner Konferenz, abermals einsetzen wird. Zugleich erklärt worden war, daß nach der Aufhebung der Tschechoslowakischen Sozialisten nur auf gerichtlichen Wege verfolgt werden, daß man Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands mochtenhaft auf administrativem Wege nach Turkestan, nach dem Gouvernement Wialla und nach dem Hungergebiet Ostuslands deportiert. Nach der offiziellen Statistik des Volkskommissariats für Inneres sollen bis zum 1. April 1922, also bis zum Beginn der Berliner Konferenz, im ganzen

2576 Personen aus politischen Gründen deportiert worden sein. Von diesen waren nur 15 Prozent Monarchisten und Weizsäckeristen, 20 Prozent partizipale Arbeitnehmer und Angestellte,

aber 65 Prozent Angehörige der sozialistischen Parteien!

Nun, nach der Berliner Konferenz, kommt wiederum die Nachricht, daß Ende April

immer wieder, offenbar weil er der Bruder des Exekutivmitglied der I. A. S. B. und Spätmanns im Reunionskomitee, des Komitees ist von neuem drangsaliert wird, so daß ihm schließlich ein anderes Mittel als der Hungerkrieg blieb.

M. A. Spiridonow hat wiederholt ersucht, ihn in sein Gefundheitsgezüngel die Kureise ins Ausland zu schicken. Sie erhielt vom Leiter der Tschechoslowakische die Antwort, daß diese Abschaffung nicht erteilt werden könne, da das Leben im Ausland auf dem Gefundheitsaufenthalt der Spiridonow ungünstig einfließen würde. Mit jolchem Höhn behandelt man eine zum Teufel entartete Revolutionärin.

Sie werden verstehen, daß die Häufung derartiger Konflikte in der letzten Zeit die Schwierigkeiten, die dem Internationalen Arbeitskongress entgegenstehen, bedeutend steigern müssen. Es folgt nicht, für diesen Arbeitskongress

schöne Proklamationen

zu erhalten, es bedarf auch der Taten, die ihm möglich machen. Wer hätte vor einigen Jahren geglaubt, daß die Clara Zetkin sich zur Vermittlerin solcher Briefe an ihr machen möchtest, daß sie deren schmutziges Morden tapferen sozialistischen selbst verleidigt?

Französisch-amerikanisches Abkommen

New York, 18. Mai. (Durch Funk sprech) Eine Redaktion der New Yorker Times aus Washington berichtet, Beamte des Staatsdepartement hätten erklärt, daß zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich ein Abkommen über die Bedingungen für die Mandate für Kamerun und Togo zustande gekommen sei. Es verlautet, daß die Bedingungen des Sonnenmännchen des Abkommens mit Japan und Großbritannien über die Insel Kap und Palästina entsprechen.

Staatswirtschaftsgesetz, Staatsrechnungshof, Landwirtschaftskammergesetz

Die drei Gesetze beherrschten die Ausarbeitung der Donnerstagssitzung. Während das Staatswirtschaftsgesetz die staatlichen Wirtschaftsbetriebe von jeder Büroaufsicht freistellt und sie der privaten Konkurrenz gegenüber so beweglich wie möglich machen soll, will das Gesetz über den Staatsrechnungshof eine Sachkontrolle der Überrechnungskammer über die Staatsbetriebe ausüben, die Kontrolle nur auf das rein technische beziehen und durch Aufhebung der Wahl der Beamten dieser Kammer auf Lebenszeit das parlamentarische System von einer Beamtennebenregierung befreien. Alle diese Dinge gingen den Rechtsparteien wider den Strich, so daß sie die Vorlagen nicht nur mit verfassungsrechtlichen, sondern auch wirtschaftlichen Bedenken bekämpften. Zu allem kam auch, daß in der bürgerlichen Presse angekündigte Verstreichungssatzungen, denn von den Deutschen und Volksparteien hatten sich so viel Redner gemeldet, daß die nur zu leicht erkennbare Wirkung dieser Herren nur durch einen Schlaukunst der Linken vereitelt werden konnte. Immerhin ließen sie für den Staatsrechnungshof eine dritte Lesung durch.

Genosse Betsch als Sprecher der gesamten Linken hob deutlich hervor, daß die Überrechnungskammer im konstitutionellen Staate ein Kontrollorgan des Landtages gegen die dem Landtage nicht verantwortliche Regierung geweist. Genosse Zingnield, der über dieses Staatswirtschaftsgesetz berichtete, hob hervor, daß die Auswendungen für Antikapitalistinnen freigestellt werden; nur könne die Kosten dieser Sorge nicht getragen. Die Gefangenengesorge werde in eine völlig neue Bahn geleitet, deren Befreiung zu erfolgen sei. Die Gefangenen der Gesellschaften wieder als nützliche Mitglieder einzuführen; diese Fürsorge solle sich auch auf die Zeit nach der Strafverjährung erstrecken.

Eine gleich ausgedehnte Debatte zeitigte die Vorlage eines Landwirtschaftskammergesetzes, jenes eines Gesetzes über die Wahlen zu dieser Kammer. Genosse Schmid, der die Vorlage, die den bisherigen Gutsbesitzer, der in seiner Zusammensetzung und seinen Machtsbezügen erweitert will, begrüßte, hob jedoch hervor, daß die Kosten der vorgesehenen Arbeitervertretung nicht deren Anteil ausmachen, sondern die gesamten landwirtschaftlichen Kreise tragen sollen. Im übrigen verlangte er eine organisierte Verbindung mit den Berufsgenossenschaften und eine Erweiterung des Einflusses der Kammer auch gegenüber solchen Einzelbetrieben, die versetzt seien oder ihre Sicht der Allgemeinheit gegenüber nicht erfüllen. Immerhin forderte er eine Vertretung der Obstbauzüchter sowie einen größeren Einfluß des Staates auf die privaten Betriebe.

Genosse Betsch als Sprecher der gesamten Linken

hob deutlich hervor, daß die Überrechnungskammer im konstitutionellen Staate ein Kontrollorgan des Landtages gegen die dem Landtage nicht verantwortliche Regierung geweist. Genosse Zingnield, der über dieses Staatswirtschaftsgesetz berichtete, hob hervor, daß die Auswendungen für Antikapitalistinnen freigestellt werden; nur könne die Kosten dieser Sorge nicht getragen. Die Gefangenengesorge werde in eine völlig neue Bahn geleitet, deren Befreiung zu erfolgen sei. Die Gefangenen der Gesellschaften wieder als nützliche Mitglieder einzuführen; diese Fürsorge solle sich auch auf die Zeit nach der Strafverjährung erstrecken.

Eine gleich ausgedehnte Debatte zeitigte die Vorlage eines Gesetzes über die Wahlen zu dieser Kammer. Genosse Schmid, der die Vorlage, die den bisherigen Gutsbesitzer, der in seiner Zusammensetzung und seinen Machtsbezügen erweitert will, begrüßte, hob jedoch hervor, daß die Kosten der vorgesehenen Arbeitervertretung nicht deren Anteil ausmachen, sondern die gesamten landwirtschaftlichen Kreise tragen sollen. Im übrigen verlangte er eine organisierte Verbindung mit den Berufsgenossenschaften und eine Erweiterung des Einflusses der Kammer auch gegenüber solchen Einzelbetrieben, die versetzt seien oder ihre Sicht der Allgemeinheit gegenüber nicht erfüllen. Immerhin forderte er eine Vertretung der Obstbauzüchter sowie einen größeren Einfluß des Staates auf die privaten Betriebe.

Genosse Betsch als Sprecher der gesamten Linken

hob deutlich hervor, daß die Überrechnungskammer im konstitutionellen Staate ein Kontrollorgan des Landtages gegen die dem Landtage nicht verantwortliche Regierung geweist. Genosse Zingnield, der über dieses Staatswirtschaftsgesetz berichtete, hob hervor, daß die Auswendungen für Antikapitalistinnen freigestellt werden; nur könne die Kosten dieser Sorge nicht getragen. Die Gefangenengesorge werde in eine völlig neue Bahn geleitet, deren Befreiung zu erfolgen sei. Die Gefangenen der Gesellschaften wieder als nützliche Mitglieder einzuführen; diese Fürsorge solle sich auch auf die Zeit nach der Strafverjährung erstrecken.

Eine gleich ausgedehnte Debatte zeitigte die Vorlage eines Gesetzes über die Wahlen zu dieser Kammer. Genosse Schmid, der die Vorlage, die den bisherigen Gutsbesitzer, der in seiner Zusammensetzung und seinen Machtsbezügen erweitert will, begrüßte, hob jedoch hervor, daß die Kosten der vorgesehenen Arbeitervertretung nicht deren Anteil ausmachen, sondern die gesamten landwirtschaftlichen Kreise tragen sollen. Im übrigen verlangte er eine organisierte Verbindung mit den Berufsgenossenschaften und eine Erweiterung des Einflusses der Kammer auch gegenüber solchen Einzelbetrieben, die versetzt seien oder ihre Sicht der Allgemeinheit gegenüber nicht erfüllen. Immerhin forderte er eine Vertretung der Obstbauzüchter sowie einen größeren Einfluß des Staates auf die privaten Betriebe.

Genosse Betsch als Sprecher der gesamten Linken

hob deutlich hervor, daß die Überrechnungskammer im konstitutionellen Staate ein Kontrollorgan des Landtages gegen die dem Landtage nicht verantwortliche Regierung geweist. Genosse Zingnield, der über dieses Staatswirtschaftsgesetz berichtete, hob hervor, daß die Auswendungen für Antikapitalistinnen freigestellt werden; nur könne die Kosten dieser Sorge nicht getragen. Die Gefangenengesorge werde in eine völlig neue Bahn geleitet, deren Befreiung zu erfolgen sei. Die Gefangenen der Gesellschaften wieder als nützliche Mitglieder einzuführen; diese Fürsorge solle sich auch auf die Zeit nach der Strafverjährung erstrecken.

Eine gleich ausgedehnte Debatte zeitigte die Vorlage eines Gesetzes über die Wahlen zu dieser Kammer. Genosse Schmid, der die Vorlage, die den bisherigen Gutsbesitzer, der in seiner Zusammensetzung und seinen Machtsbezügen erweitert will, begrüßte, hob jedoch hervor, daß die Kosten der vorgesehenen Arbeitervertretung nicht deren Anteil ausmachen, sondern die gesamten landwirtschaftlichen Kreise tragen sollen. Im übrigen verlangte er eine organisierte Verbindung mit den Berufsgenossenschaften und eine Erweiterung des Einflusses der Kammer auch gegenüber solchen Einzelbetrieben, die versetzt seien oder ihre Sicht der Allgemeinheit gegenüber nicht erfüllen. Immerhin forderte er eine Vertretung der Obstbauzüchter sowie einen größeren Einfluß des Staates auf die privaten Betriebe.

Genosse Betsch als Sprecher der gesamten Linken

hob deutlich hervor, daß die Überrechnungskammer im konstitutionellen Staate ein Kontrollorgan des Landtages gegen die dem Landtage nicht verantwortliche Regierung geweist. Genosse Zingnield, der über dieses Staatswirtschaftsgesetz berichtete, hob hervor, daß die Auswendungen für Antikapitalistinnen freigestellt werden; nur könne die Kosten dieser Sorge nicht getragen. Die Gefangenengesorge werde in eine völlig neue Bahn geleitet, deren Befreiung zu erfolgen sei. Die Gefangenen der Gesellschaften wieder als nützliche Mitglieder einzuführen; diese Fürsorge solle sich auch auf die Zeit nach der Strafverjährung erstrecken.

Eine gleich ausgedehnte Debatte zeitigte die Vorlage eines Gesetzes über die Wahlen zu dieser Kammer. Genosse Schmid, der die Vorlage, die den bisherigen Gutsbesitzer, der in seiner Zusammensetzung und seinen Machtsbezügen erweitert will, begrüßte, hob jedoch hervor, daß die Kosten der vorgesehenen Arbeitervertretung nicht deren Anteil ausmachen, sondern die gesamten landwirtschaftlichen Kreise tragen sollen. Im übrigen verlangte er eine organisierte Verbindung mit den Berufsgenossenschaften und eine Erweiterung des Einflusses der Kammer auch gegenüber solchen Einzelbetrieben, die versetzt seien oder ihre Sicht der Allgemeinheit gegenüber nicht erfüllen. Immerhin forderte er eine Vertretung der Obstbauzüchter sowie einen größeren Einfluß des Staates auf die privaten Betriebe.

Genosse Betsch als Sprecher der gesamten Linken

hob deutlich hervor, daß die Überrechnungskammer im konstitutionellen Staate ein Kontrollorgan des Landtages gegen die dem Landtage nicht verantwortliche Regierung geweist. Genosse Zingnield, der über dieses Staatswirtschaftsgesetz berichtete, hob hervor, daß die Auswendungen für Antikapitalistinnen freigestellt werden; nur könne die Kosten dieser Sorge nicht getragen. Die Gefangenengesorge werde in eine völlig neue Bahn geleitet, deren Befreiung zu erfolgen sei. Die Gefangenen der Gesellschaften wieder als nützliche Mitglieder einzuführen; diese Fürsorge solle sich auch auf die Zeit nach der Strafverjährung erstrecken.

schaut. Trotzdem hat die Aufführung längen, die zu befehligen wäre. Lola Maron glänzte als begehrte Gräfinbraut, T. Marin als Mirza, die dem Senator (Robert Wibell) anheimfällt, und Eva Percival als die Räuberin, die in seiner Glorie auf dem Scheinbalkon die Räuberin ist fern von der beschwingten Freiheit, dem liebenswürdigen Reiz des Dreitettels. Johanna Strauss und Karl Miller waren Meister des Dreitettels. Als beide 1906 die Augen schlossen, ging auch die gute alte Zeit der Operette zu Ende.

Eine ergiebige Aussprache entstand bei Beratung des Kapitels 70 des Haushaltungsplanes, die Landes anstaaten betreffend. Sie bekam ihr besonderes Gepräge durch eine Reihe von Anträgen, die die Kommunisten stellten, und durch die Kritik, die sie in bezug auf die Strafanstalten an dem Minister Lipinski übten. Das Vorgehen könnte unter andern politischen Verhältnissen zu einem recht interessanten Vergleich lohnen, denn bekanntlich waren es im Reichstage die

Antikapitalistinnen, die die Vorlage wohlwollend aufgenommen. Sie die Kommunisten führen in ihr keine geeignete Grundlage für die anzustrebende Enteignung von Grund und Boden, eine Auflösung, die durch den Hinweis auf Russland, daß Grund und Boden dem Privatvermögen auszuliefern ist, dem besten Wege ist, ihre sofortige Korrektur durch einen Gedenktag zu erzielen.

Zum Schlus wurde vor leeren Bänken noch eine Note der Zeitungen gründlich beleuchtet und besonders durch Seydel, schärfere Kritik an dem unchristlichen Verhalten der Regierung und der das Zeitungsgewerbe jenseitigen Stellungnahme der Zentralleitung der Handelskammern gezeigt. Anwieviel weit der Einfluss der Gewerkschaften auf die Allgemeinheit gegenüber nicht erfüllt. Immerhin forderte er eine Vertretung der Obstbauzüchter sowie einen größeren Einfluß des Staates auf die privaten Betriebe.

Heimatstagsvorlesung. Am Mittwoch sprach Director Goede von der Berliner Urania über: „Ruhende Steine“. Gilde aus deutscher Vergangenheit. Abgesehen von der anstrengenden Einleitung müssen wir Darstellungen dieser Art als Heimatstagsvorlesungen ablehnen. Es geht nicht an, in 1½ Stunden die deutsche Geschichte von Dietrich von